



Cappuccino-Modell

Das „Cappuccino-Modell“ wird so

bezeichnet, weil es sich - wie ein Cappuccino - aus drei Schichten zusammensetzt:

Der Espresso ist eine Pflichtversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland leben und steuerpflichtig sind. Sie wird finanziert aus Beiträgen auf die Summe aller positiven Einkünfte und durch Steuermittel. Die Sockelrente beträgt für alle im Rentenalter und bei Erwerbsminderung 515 Euro.

Der Milchkaffee – die Erwerbstätigenversicherung ist eine Pflichtversicherung für alle, die einer Erwerbsarbeit nachgehen. Bei durchschnittlichem Verdienst beträgt die Rentenhöhe nach 40 Beitragsjahren derzeit 1.331 Euro.

Der Milchschaum ist die betriebliche und private Altersvorsorge. Eingeführt wird verpflichtend eine betriebliche Altersvorsorge für alle Arbeitnehmer*innen. Die private Alterssicherung bleibt eine freiwillige Zusatzvorsorge.

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
(www.kab.de)

www.sie-planen-deine-altersarmut.de

Bei uns können Sie auch Mitglied werden!

www.kab-trier.de

Herausgeber:

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)

Diözesanverband Trier

Weberbach 71

54290 Trier

Tel: 0651 97085-0

Fax: 0651 97085-10

Mail: kampagne2017@kab-trier.de

Zusammenstellung von André Gergen,
Projektmanager der Kampagne zur Bundestagswahl

Juli 2017

IST DAS ALLES?



WWW.SIE-PLANEN-DEINE-ALTERSARMUT.DE

Das Cappuccino-Modell der KAB

Die Weiterentwicklung des Rentenmodells der katholischen Verbände

Positionen der Parteien zur Rente



Das Rentenmodell der KAB – „Cappuccino-Modell“

Nach der Veröffentlichung alarmierender Zahlen zum Armutsrisiko im Alter herrscht Streit über den richtigen Weg zu einer gerechten Rente für Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland.

Mit dem Rentenmodell der KAB in den Wahlkampf 2017

Solidarmodell statt Armutsmodell der Regierung.

Die KAB Deutschlands stellt die aktuell sich verschärfende Altersarmut in den Mittelpunkt der Kampagne zur Bundestagswahl 2017 und präsentiert mit dem Cappuccino-Modell einen Lösungsvorschlag.

Wie stehen die fünf großen Parteien der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag vom September 2013 zum Vorschlag der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung?



Quelle: [www. Bundestagswahl-2017.com](http://www.Bundestagswahl-2017.com)

- CDU und CSU loben die aktuelle Rentenregelung und die Rentenreform von 2007, an der sie keine größeren Änderungen planen.
- Die CDU spricht sich gegen die Forderung aus, Altersarmut durch die Einführung einer steuerfinanzierten Sockelrente zu bekämpfen.
- Für die Union steht eine zukunftsfeste Alterssicherung auf drei Säulen: Der gesetzlichen Rentenversicherung, der privaten und der betrieblichen Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung soll dabei die tragende Säule bleiben. Diese werde durch die Rente mit 67 gestärkt, an der die Union festhalten und sie bis 2029 schrittweise einführen will. Die private und betriebliche Vorsorge soll ausgebaut werden.
- Die SPD fordert eine Sockelrente gegen Altersarmut.
- Nach 35 oder 40 Jahren an Vollzeitarbeit soll ein Rentner mehr erhalten als die heutige Grundsicherung.
- Die SPD fordert die Einführung einer Solidarrente oberhalb der durchschnittlichen Grundsicherung.
- Die SPD hält an der Rente mit 67 fest, will aber Wege für flexible Übergänge in den Ruhestand schaffen.
- Das Rentenniveau soll bis 2030 auf dem jetzigen Stand von etwa 48 % stabilisiert werden. Den aktuellen Beitragssatz von 18,9 % will die SPD bis 2030 nicht über 22 % steigen lassen.



Die Linke setzt sich für eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto und eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53% ein. Das bedeutet laut Wahlprogramm rund 120 Euro Rente mehr im Monat.

DIE LINKE.

- In Rente soll man grundsätzlich ab 65 Jahren gehen können.
- Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen paritätisch von den Beschäftigten selbst und den Unternehmen finanziert werden.

- Bündnis 90/Die Grünen halten an der Senkung des Rentenniveaus und der Rente mit 67 fest.
- Sie fordern ergänzend private und betriebliche Altersvorsorge. Hauptforderungen sind eine Garantierente, den Umbau der Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung sowie ein obligatorisches Rentensplitting bei Ehepartnern.



- Die FDP ist grundsätzlich gegen eine Mindestrente.
- Keine Altersbegrenzung für den Renteneintritt ist ein Ziel der FDP.

